



Wissenschaftsausschuss

1. Sitzung (öffentlich)

21. September 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:30 Uhr bis 16:12 Uhr

Vorsitz: Prof. Dr. Daniel Zerbin (AfD)

Protokoll: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	3
1	Konstituierung des Ausschusses	4
2	Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik in dieser Legislaturperiode <i>(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])</i>	5
	– Bericht durch Ministerin Ina Brandes (MKW)	
	– Wortbeiträge	
3	Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung	13
	Einstimmig spricht sich der Ausschuss dafür aus, Raphael Tigges (CDU) und als seine Stellvertreterin Heike Wermer (CDU) sowie Dr. Bastian Hartmann (SPD) und als seine Stellvertreterin Christin Siebel (SPD) in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung zu entsenden.	

4 **Kölner Hochschule für Katholische Theologie** (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*) **14**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/156

– Wortbeiträge

5 **Verschiedenes** **15**

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin teilt mit, dass auf Antrag von CDU und Grünen ein Livestreaming der Sitzung erfolge.

1 Konstituierung des Ausschusses

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin legt dar:

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 30. Juni 2022 auf Grundlage der Drucksache 18/86 einen Wissenschaftsausschuss eingesetzt, der aus 19 Mitglieder besteht. Die Fraktionen sind im Ausschuss wie folgt vertreten: CDU sieben Mitglieder, SPD sechs Mitglieder, Bündnis 90/Die Grünen vier Mitglieder, FDP ein Mitglied, AfD ein Mitglied.

In seiner Sitzung am 24. August 2022 hat der Ältestenrat gemäß § 50 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen die Stellen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter verteilt. Der Vorsitz des Wissenschaftsausschusses steht demnach der Fraktion der AfD, der stellvertretende Vorsitz der Fraktion der CDU zu.

Nach der Benennung durch die berechtigten Fraktionen hat der Landtagspräsident den Landtag mit der Drucksache 18/662 darüber unterrichtet, dass ich, Professor Dr. Daniel Zerbin, Vorsitzender und die Kollegin Frau Heike Wermer stellvertretende Vorsitzende dieses Ausschusses sind.

Sprecher der CDU ist Herr Raphael Tigges, Sprecher der SPD ist Herr Dr. Bastian Hartmann, Sprecherin der Grünen ist Frau Julia Eisenkraut, Sprecherin der FDP ist Frau Angela Freimuth, Sprecher der AfD bin ich. Während der Sitzungen werde ich kenntlich machen, ob ich in meiner Funktion als Vorsitzender oder in meiner Funktion als Sprecher meiner Partei spreche.

Ich stelle hiermit fest, dass sich der Wissenschaftsausschuss der 18. Wahlperiode konstituiert hat.

Auf die Zusammenarbeit mit Ihnen freue ich mich.

Verwaltungsseitig erfolgt die Betreuung des Ausschusses durch Frau Anke Seifert.

2 **Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik in dieser Legislaturperiode** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 1])*

Ministerin Ina Brandes (MKW) trägt vor:

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ich möchte Ihnen zu Beginn unserer gemeinsamen Ausschussarbeit einen kurzen Überblick über die Schwerpunkte unserer Wissenschaftspolitik in dieser Legislaturperiode geben. Wir hatten diese kleine Regierungserklärung, wie es genannt wird, eigentlich erst zur nächsten Sitzung angemeldet, da bereits dann die ersten Ergebnisse der Haushaltsberatung hätten einfließen können. Das wäre normalerweise auch zur heutigen Sitzung unproblematisch möglich gewesen, aber vor dem Hintergrund des angekündigten dritten Entlastungspaketes der Bundesregierung und den noch offenen Finanzierungsfragen sieht es anders aus.

Wie Sie wissen, stehen wir vor erheblichen finanzpolitischen Herausforderungen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, steigende Energiepreise und die Auswirkungen der Pandemie bilden die Kulisse für Entlastungsmaßnahmen der öffentlichen Hand und für die Gestaltung des Landeshaushaltes für das Jahr 2023 und wahrscheinlich auch für die folgenden Jahre.

Die Bundesregierung hat mit dem Entlastungspaket 3 ihre Pläne zur weiterführenden Entlastung der Bürgerinnen und Bürger vorgestellt. Auf der Grundlage dieser Pläne wäre Nordrhein-Westfalen dazu verpflichtet, einen erheblichen Teil der durch das Entlastungspaket 3 entstehenden Belastungen für die öffentlichen Haushalte zu tragen. Es bleibt nun abzuwarten, wie die Einigung zwischen Bund und Ländern ausfällt. So oder so werden die Spielräume in den kommenden Jahren wohl kleiner ausfallen. Es gilt also, Schwerpunkte zu setzen, und die möchte ich Ihnen im Folgenden kurz vorstellen.

Zunächst einige Leitlinien für den Umgang mit der COVID-19-Pandemie und der Energiekrise vor dem Hintergrund der aktuellen Debatten.

Die steigenden Energiepreise und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie stellen Studierende, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Universitätsklinika vor große Herausforderungen. In diesem Zusammenhang sind aus meiner Sicht drei Punkte wichtig:

Erstens. Wir wollen die Wissenschaftseinrichtungen so lange wie möglich offenhalten und energiebedingte sowie pandemiebedingte Schließungen vermeiden. Unser klares Ziel für den Hochschulbetrieb ist es, dass auch das kommende Wintersemester ein Präsenzsemester wird. Hochschulen sind Orte der persönlichen Begegnung und des Austausches. Digitale Formate sind eine Bereicherung, können aber natürlich das Leben auf dem Campus nicht ersetzen.

Zweitens. Wir müssen gezielt kritische Infrastrukturen in der Wissenschaft schützen. Hierzu gehören insbesondere die Energieversorgung von Universitätsklinika, aber auch wichtige Forschungsprojekte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Drittens. Klar ist aber: Auch die Wissenschaftseinrichtungen müssen einen signifikanten Beitrag zum Energiesparen leisten. Hier erlebe ich bisher eine sehr konstruktive Zusammenarbeit und eine große Bereitschaft der Hochschulen, ihren Teil beizutragen.

In diesem Zusammenhang zur sozialen Situation der Studierenden: Durch die stetig steigenden Energiekosten und die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sind viele Studierende und auch die Studierendenwerke stark belastet. Wir haben bereits angekündigt, dass wir die Studierendenwerke kontinuierlich besser unterstützen wollen. Die Vorgängerregierung hat bereits in den letzten fünf Jahren damit begonnen, die Zuschüsse zu erhöhen und insbesondere die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie aufzufangen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen und insbesondere mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende fördern.

Nordrhein-Westfalen besitzt eine europaweit einzigartige und leistungsstarke Forschungs- und Wissenschaftslandschaft mit herausragenden Hochschulen und internationalen Forschungseinrichtungen. Diese starke Position wollen wir weiter ausbauen und vor allem dafür sorgen, dass innovative Forschungsergebnisse schneller und zielgerichteter in Wirtschaft und Gesellschaft ankommen. Hierfür wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern.

Zunächst zur baulichen und digitalen Infrastruktur: Für einen starken Wissenschaftsstandort benötigen wir eine leistungsstarke nachhaltige Infrastruktur. Deshalb setzen wir einen klaren Schwerpunkt beim klimagerechten Hochschul- und Uniklinikbau. Wir werden den Modernisierungs- und Sanierungsstau durch konsequente Beschleunigung von Planung, Genehmigung und Bau zügig angehen. Dadurch schaffen wir die richtigen Rahmenbedingungen, damit Nordrhein-Westfalen Spitzenforschungsstandort bleibt.

Ebenso wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass wir die Digitalisierung der Wissenschaft in Forschung, Lehre und Verwaltung weiter voranbringen. In der Pandemie haben wir sozusagen aus der Not geboren einen großen Schritt nach vorne gemacht. Hierauf wollen wir aufbauen und die digitale Infrastruktur gezielt weiter ausbauen. Es ist mir wichtig, dass der soziale Aspekt des Studierens wie der persönliche Austausch und das gemeinsame Lernen weiterhin im Vordergrund stehen. Gleichwohl muss die Digitalisierung in Forschung und Lehre weiter voranschreiten, um auf internationalem Spitzenniveau mithalten zu können. Dafür fördern wir digitale Lehre und digitales Lernen an den Hochschulen sowie eine offene Wissenschaft mit freiem Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen, Forschungsdaten und Bildungsmaterialien sowie der Nutzung quelloffener und möglichst freier Software. Deshalb entwickeln wir gemeinsam mit den Hochschulen die Digitale Hochschule NRW weiter. Auch die Universitätsklinika und die Studierendenwerke unterstützen wir bei ihrer konsequenten Digitalisierung.

Neben den Chancen, die sich uns durch die Digitalisierung bieten, müssen wir uns aber auch der Herausforderungen bewusst sein. Hierzu zähle ich insbesondere den Bereich der Cybersicherheit. Hier werden wir als Landesregierung mit den Hochschulen und den Universitätsklinika gute Konzepte erarbeiten, um uns ausreichend vor Cyberattacken zu schützen und uns für die Zukunft gut aufzustellen.

Es ist unser Ziel, den Spitzenforschungsstandort Nordrhein-Westfalen weiter zu stärken. Der Begriff „Forschung ‚Made in NRW‘“ soll ein Qualitätsmerkmal sein. Dazu wollen wir die Exzellenz weiterfördern und dafür sorgen, dass Forschungsergebnisse schneller und zielgerichteter in der Wirtschaft ankommen.

Unsere vielfältige Institutslandschaft wollen wir erhalten und stärken und uns unter anderem für die Ansiedlung von zwei neuen Fraunhofer-Instituten einsetzen. Wir werden die Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft unter anderem durch eine dynamisierte Grundfinanzierung weiter stärken. Über die themenoffene Forschungsförderung werden wir wichtige Forschungsschwerpunkte weiter vorantreiben. Dazu zählen etwa die Bereiche Super- und Quantencomputing, Künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Klimaforschung, Bioökonomie, Krebsbekämpfung, Wasserstoff- und Batteriezellentechnologie. Wir wollen führend im Bereich der Quantentechnologie werden. Dazu bündeln wir mit dem Kompetenzzentrum Quantencomputing „EIN Quantum NRW“ die starken Standorte unseres Landes in Wirtschaft und Wissenschaft. Für den zügigen Transfer dieser Forschungsergebnisse in die Wirtschaft richten wir gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium einen Innovationsfonds ein.

Wichtig in diesem Zusammenhang sind natürlich die Fachkräfte. Um Fachkräfte im Wissenschaftsbetrieb, also exzellente Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, zu gewinnen und zu halten, braucht es verlässliche, faire und attraktive Beschäftigungsverhältnisse für besser planbare Karrierewege. Deshalb wollen wir die finanzielle Grundlage für mehr Dauerstellen schaffen und uns dafür einsetzen, die Vertragslaufzeiten von Promotionsstellen anzupassen, das Tenure-Track-Programm zu verstetigen und auszuweiten und studentische Hilfskräfte in den Tarifvertrag der Länder einzugruppieren.

Auch die aktuelle Prüfung der Verleihung des Promotionsrechts an das Promotionskolleg NRW sowie dessen verlässliche Finanzierung macht uns als Wissenschaftsstandort attraktiv.

Die Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes nehmen wir zum Anlass, im Dialog mit der Wissenschaft für attraktive Karrierewege an Hochschulen auch jenseits der Professur zu sorgen. Wichtig ist uns in diesem Zusammenhang, die Inklusion, Diversität, Gleichstellung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Wissenschaft konsequent zu verbessern.

Ein Thema, das mir persönlich besonders am Herzen liegt, ist der Fachkräftemangel. Wir werden in den kommenden Jahren viele Maßnahmen ergreifen, um ihm in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft entschlossen zu begegnen, denn nur so können wir die erfolgreiche Transformation hin zu einer im besten Sinne des Wortes nachhaltigen Wirtschaft meistern. Ich spreche hier für die akademische Bildung, will aber ausdrücklich betonen, dass für uns die akademische und die berufliche Bildung gleichwertig und gleichwichtig sind.

Ein Schwerpunkt unserer Arbeit wird auf den MINT-Berufen liegen, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Wir wollen schon während der Schule mehr für diese Fächer begeistern, beispielsweise über den Ausbau des Projektes „Zukunft durch Innovation“ (zdi), in dem Wissenschaft, Wirtschaft, Schule,

Politik und Gesellschaft in Veranstaltungen oder Labore MINT erlebbar und greifbar machen.

Aus unseren vielen motivierten Studienanfängerinnen und -anfängern wollen wir erfolgreiche Absolventinnen und Absolventen machen. Eine gute Beratung vor Studienbeginn hilft bei der richtigen Wahl aus unserem sehr umfangreichen Studiengangangebot. Ich möchte, dass Studierende ihr Studium innerhalb der Regelstudienzeit abschließen können, und ich werde mich für Maßnahmen einsetzen, die die Abbrecherquote senken, insbesondere in den MINT-Fächern. Dazu werden wir die Betreuungsangebote ausbauen und verbessern. Auch Studieren in Teilzeit oder berufsbegleitend soll noch besser möglich sein.

Einen weiteren Schwerpunkt setzen wir im Ausbau von Studienplätzen, sowohl für das Lehramt – hier sind wir in sehr engen Abstimmungen mit dem Ministerium für Schule und Bildung – als auch für Medizin. Das langfristige Ziel ist die Sicherung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum. Zusammen mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales suchen wir nach dem richtigen Maßnahmenmix, damit die Hochschulen und Unikliniken den Nachwuchs erfolgreich ausbilden können.

Nicht zu vernachlässigen ist der große Bereich der Weiterbildung und Weiterqualifizierung. Viele Menschen nutzen die Chance, in Volkshochschulen und Weiterbildungseinrichtungen anderer Trägerschaft einen Schulabschluss nachzuholen, sich in bereits bekannten oder fachfremden Themen weiterzubilden, die Möglichkeiten der digitalen Welt zu erkunden oder Lesen und Schreiben zu lernen. Dieses Lernen möchten wir stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe schon zu Beginn die Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine erwähnt. Diese gelten insbesondere für die Menschen, die aus der Ukraine oder auch aus anderen Gegenden geflohen sind und bei uns Schutz suchen. Den Studierenden aus diesen Ländern geben wir mit Unterstützungsprogrammen wie „NRWege“ eine Einstiegsmöglichkeit. Und auch ausländischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie erfolgreichen Rückkehrerinnen und Rückkehrern wollen wir die Arbeitsaufnahme weiter erleichtern.

In Bezug auf die Universitätsklinika möchte ich noch zwei Dinge ansprechen, die neben Bau und Digitalisierung besonders wichtig sind. Am 30. Juni 2022 wurde vom Landtag der Entschließungsantrag zur rechtssichereren und auskömmlichen Finanzierung der Auswirkungen des „Tarifvertrags Entlastungen“ gefasst. Wir kümmern uns nun um die haushalterische Umsetzung, denn die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Universitätsklinika ist uns sehr wichtig. Aber auch darüber hinaus möchten wir uns um die Finanzierung der Universitätsklinika kümmern, denn sie stehen durch die Auswirkungen der Pandemie und der Energiekrise besonders unter Druck, sind aber gleichzeitig für eine Versorgung der Patientinnen und Patienten in Nordrhein-Westfalen auf höchstem Niveau von entscheidender Bedeutung.

Soweit ein erster Überblick über die Schwerpunkte und Herausforderungen der Wissenschaftspolitik in den nächsten Monaten und in dieser Legislaturperiode. Sie sehen, wir haben uns viel vorgenommen. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und

den Austausch in diesem Ausschuss. Ich glaube, dass wir gemeinsam in den nächsten Jahren viel bewegen können für den Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Raphael Tigges (CDU) führt aus, er freue sich sehr auf die Zusammenarbeit im Ausschuss und biete allen Beteiligten eine intensive kollegiale Zusammenarbeit an. Gemeinsam habe man sich vorgenommen, die Hochschullandschaft, die Wissenschaft in NRW weiter voranzubringen.

In der Vergangenheit sei es immer so gewesen, dass nicht sofort über den Bericht diskutiert worden sei, sondern in der nächsten Sitzung, um sich als Partei besser darauf vorzubereiten. Davon gehe er auch diesmal aus.

Nichtsdestotrotz bedanke er sich bei der Ministerin für den Überblick über die Themen, die sich die Landesregierung vorgenommen habe. Dies zeige, welch großen Brocken man gemeinsam vor der Brust habe, zum Beispiel Hochschulbau, Digitalisierung an Hochschulen, Unterstützung der Studierenden. In der Vergangenheit habe man immer wieder festgestellt, dass es Einflüsse von außen gebe, denen man begegnen müsse, nämlich Ukraine-Krise, Energiekrise.

In Nordrhein-Westfalen gebe es eine vielfältige, innovative Hochschullandschaft. Es gebe in diesem Land sehr aktive Hochschulen, auf die man stolz sein könne. Diese müssten weiterhin positiv begleitet werden. Das betreffe alle Teile Nordrhein-Westfalens.

Hiermit wolle er es erst einmal bewenden lassen.

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin merkt an, dass in der Tat in der nächsten Sitzung intensiv über die Themen diskutiert werden solle.

Dr. Bastian Hartmann (SPD) bedankt sich bei der Ministerin für den Bericht. In diesem seien einige Punkte enthalten, die man nur begrüßen könne, beispielsweise Studienstarthilfe und den Anspruch, die Gebäude grundsätzlich klimaneutral zu machen. Gleichwohl sei er nicht sicher, ob man in allen Themen die gleiche Prioritätensetzung habe.

Kurzfristig sei entscheidend, alles dafür zu tun, mit den Hochschulen gut durch den Winter zu kommen. Das betreffe zum Beispiel die Schließungen. Die Ministerin habe von pandemiebedingten Schließungen gesprochen, die vermieden werden sollten. Hier interessiere ihn, ob es Indikatoren gebe, wann Schließungen nicht vermieden werden könnten.

Daneben könne es energie- oder heizbedingte Schließungen geben. Er erlebe gerade die Universitäten und Hochschulen sehr verantwortungsvoll dabei, Konzepte zu entwickeln, wie sie den Hochschulbetrieb sehr lange energiesparsam aufrechterhalten könnten, zum Beispiel indem zunächst die Verwaltung ins Homeoffice geschickt werde, bevor die Studierenden aus dem Wohnheim heraus studieren müssten. Hier wolle er wissen, was aus Sicht der Landesregierung das Land tun könne, um die Universitäten und Hochschulen zu helfen.

Ein weiteres kurzfristiges Thema für diesen Winter sei, das soziale Leben am Campus aufrechtzuerhalten und zu stabilisieren. Er sei etwas skeptisch, ob hier die Unterstützung der Studierendenwerke ausreiche, insbesondere vor dem Hintergrund der Berichte von Studierendenwerke, dass die psychosozialen Beratungen völlig überrannt seien. Er kenne einen Fall, bei dem die Annahmeportale wochenlang hätten geschlossen werden müssen. Hier sollte sehr schnell und wuchtig geholfen werden.

Langfristig werde man reden müssen über das weitere Verhältnis zwischen den HAW und den Universitäten. Das Promotionskolleg sei ein erster guter Aufschlag.

Ein weiterer Punkt, der langfristig beschäftigen werde, sei, ob die Mittelausstattung für Gebäudeinfrastruktur und soziale Struktur richtig balanciert sei. Es nütze nichts, wenn man die tollsten Gebäude gebe, aber die Studienabbrecherquote hoch sei oder die Kinder aus Nichtakademikerhaushalten doch nicht studieren könnten. Der Aspekt der Chancengleichheit im Bildungssystem sollte nicht vernachlässigt werden.

Im Bericht habe ihm die ökonomische Bedeutung der Hochschullandschaft gefehlt. Gerade für das Ruhrgebiet spielten die Universitäten und Hochschulen als Arbeitgeber eine große Rolle, aber auch die Frage, wie man Forschungsergebnisse in Arbeitsplätze bringe. Dies sollte ein wichtiger Schwerpunkt in diesem Ausschuss sein.

Ministerin Ina Brandes (MKW) verweist bezüglich des Winterbetriebs auf ihre Ausführungen, dass man die Wissenschaftseinrichtungen so lange wie möglich offenhalten und energiebedingte sowie pandemiebedingte Schließungen vermeiden wolle. Dies schließe also beides ein. Das klare Ziel für den Hochschulbetrieb sei, dass auch das kommende Wintersemester ein Präsenzsemester werde. Dies sei auch die erklärte Ambition der Hochschullandschaft, mit denen man sich natürlich in einem sehr engen Austausch befinde. Alle gemeinsam hätten das Interesse, die Hochschulen offenzuhalten.

Man wolle die finanzielle Ausstattung der Studierendenwerke verbessern. Dies werde man in die Haushaltsberatung einbringen. Das gelte auch für die psychosoziale Beratung und die Digitalisierung. Neben der finanziellen Unterstützung müsse dafür gesorgt werden, dass Prozesse effizient liefen und die Verwaltung der Studierendenwerke technisch so gut wie möglich aufgestellt sei. Diese Ziele habe sich die Koalition vorgenommen.

Der Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft sei ein weiterer klarer Schwerpunkt im Koalitionsvertrag. Hier habe man sich vorgenommen, gezielt einen Innovationsfonds einzurichten, der von Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium gemeinsam verwaltet und bearbeitet werde. Sie habe mit der Kollegin Mona Neubaur besprochen, es sei wichtig, genau an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft tätig zu werden, insbesondere wenn es um Themen wie die Bewältigung des Klimawandels gehe.

Angela Freimuth (FDP) bedankt sich für den Überblick. Es gebe eine Reihe von Punkten, die, was zu Beginn einer Legislaturperiode nicht verwunderlich sei, eine gewisse Flughöhe hätten, bei denen darauf gewartet werde, was sich davon im Haushalts-

entwurf 2023 wiederfinde. Ihres Wissens sei im Nachtragshaushalt für die Studierendenwerke nichts enthalten. Dieses Thema begegne derzeit an vielen Stellen.

Viele angesprochene Punkte würden auch seitens ihrer Fraktion unterstützt, insbesondere der Transfer von der Wissenschaft zur Wirtschaft. Dieser Transfer gehe aber sicherlich in beide Richtungen. Gemeinsam müsse der Wissenschaftsstandort, der Forschungs- und Exzellenzstandort, aber natürlich auch der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen hochgehalten werden. Man könne mit einem gewissen Stolz auf die Exzellenzcluster in Nordrhein-Westfalen blicken, aber es müsse das gemeinsame Interesse sein, diese weiter zu stärken, vielleicht neue auszuprägen. Als Stichwort nenne sie Cybersecurity. Hier gebe es in Nordrhein-Westfalen durchaus ein gewisses Pfund, mit dem man wuchern könne, insbesondere wenn sie an andere Bundesländer mit einem gewissen Akzent denke, die das immer mit einem sehr großen Selbstbewusstsein nach außen trügen. Hier hinter brauche sich Nordrhein-Westfalen in keiner Weise zu verstecken.

Sie freue sich, in den nächsten Monaten und Jahren die Gelegenheit zu haben, die von der Ministerin angesprochenen Themen von einer gewissen Flughöhe auf den Boden der Tatsachen zu holen. Für heute bedanke sie sich für den Bericht. Auch sie freue sich auf die Zusammenarbeit in diesem Ausschuss.

Ministerin Ina Brandes (MKW) greift das Selbstbewusstsein auf, mit dem gewisse Wissenschaftspolitiker mit einem Akzent ihre IT-Expertise vor sich her trügen. Dies gehe tatsächlich so weit, dass sie bereits aus der Hochschullandschaft Nordrhein-Westfalen angesprochen worden sei mit der Bitte, als Politik mit dem, was man in Nordrhein-Westfalen alles könne, mehr anzugeben. Diese Bitte geben sie gerne an die Fraktionen weiter. Nordrhein-Westfalen sei ein Spitzenforschungs- und Wissenschaftsstandort in Deutschland und könne ruhig in der Öffentlichkeit selbstbewusster auftreten, denn die Wissenschaft in Nordrhein-Westfalen habe es verdient.

Julia Eisentraut (GRÜNE) bedankt sich ebenfalls für den Bericht der Ministerin. Auch ihre Fraktion freue sich auf die Diskussionen im Wissenschaftsausschuss mit den anderen demokratischen Fraktionen.

Vieles Wichtige sei bereits gesagt worden. Nur mit Wissenschaft könnten die großen Herausforderungen bewältigt werden. Dies habe man bei der Coronapandemie erlebt, und dies gelte auch für die Klimakrise.

Die Ministerin habe ausgeführt, dass man die Rahmenbedingungen für Studierende und Beschäftigte an den Hochschulen verbessern sowie über den Innovationsfonds und die Johannes-Rau-Forschungstiftung Impulse Richtung Wirtschaft setzen wolle.

Ihre Fraktion begrüße, dass man die Hochschulen sanieren wolle. Hier solle auf Klimaneutralität ein großer Wert gelegt werden, um Nachhaltigkeit im besten Sinne des Wortes zu gewährleisten.

Sie persönlich freue besonders der Schwerpunkt Digitalisierung der Hochschulen und der Studierendenwerke.

Ihrer Ansicht nach gebe es im Koalitionsvertrag einige schöne Vorhaben im Bereich der sozialen Dimension, zum Beispiel die Studienstartförderung für diejenigen Studierenden, die sich zu Beginn des Studiums nicht die Kautions, die Lehrbücher oder den Laptop leisten könnten.

3 Entsendung von Mitgliedern in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin führt aus, zu Beginn einer jeden Legislaturperiode seien von dem für Wissenschaft zuständigen Ausschuss zwei Ausschussmitglieder in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung zu entsenden. Traditionell würden die zu entsendenden Mitglieder von den beiden größten Fraktionen bestimmt, demnach in der 18. Legislaturperiode von den Fraktionen der CDU und der SPD. Diese Aufteilung entspreche im Übrigen der Aufteilung in Gremien nach dem Berechnungsverfahren Hare-Niemeyer, welches anzuwenden sei, sofern nichts anderes bestimmt sei, was hier zutreffe.

Er bitte nun die Fraktionen um Benennung der zu entsendenden Mitglieder.

Seine Fraktion, so **Raphael Tigges (CDU)**, schlage ihn und als Stellvertreterin Heike Wermer vor.

Die SPD, so **Dr. Bastian Hartmann (SPD)**, schlage ihn und als Stellvertreterin Frau Christin Siebel vor.

Einstimmig spricht sich der Ausschuss dafür aus, Raphael Tigges (CDU) und als seine Stellvertreterin Heike Wermer (CDU) sowie Dr. Bastian Hartmann (SPD) und als seine Stellvertreterin Christin Siebel (SPD) in das Kuratorium der Heinrich Hertz-Stiftung zu entsenden.

4 Kölner Hochschule für Katholische Theologie (*Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2]*)

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/156

Dr. Bastian Hartmann (SPD) bedankt sich bei der Ministerin für den Bericht. Er begrüße die Klarstellung. Inhaltlich sei dies genau richtig. Die Priesterausbildung gehöre unbedingt an eine Volluniversität und in das Konzert verschiedener Fakultäten, um einen Austausch sicherzustellen.

Laut Vorlage werde den Studierenden, die an der Kölner Hochschule seien, nahegelegt, die Universität zu wechseln. Ihn interessiere, was getan werde, wenn diese es nicht täten.

Darüber hinaus entnehme er der Vorlage, dass es bisher keinen Austausch zur Auslegung des sogenannten Preußenkonkordats gegeben habe. Er frage, ob man sich Eskalationsstufen vorstellen könne, bei denen ein Austausch erforderlich würde.

Ministerin Ina Brandes (MKW) lässt wissen, die KHKT habe im Jahr 2020 ihren Anerkennungsbescheid bekommen mit dem Hinweis, dass Studierende ihr Studium dort beenden könnten im Rahmen des Vertrauensschutzes, und zwar sieben Jahre, nämlich fünf Jahre plus zwei Jahre Karenz. Damit gebe es eine befristete Zulassung für die bis einschließlich zum Wintersemester 2019/2020 eingeschriebenen Studierenden. Die letzte Äußerung von Herrn Woelki in der Presse habe man dahin gehend verstanden, dass die Studierenden, die sich jetzt zum Wintersemester einschreiben wollten, an die Bonner Universität gehen würden. Vor dem Hintergrund dieser Aussage gebe es im Moment keine Notwendigkeit, darüber hinaus tätig zu werden.

5 Verschiedenes

Vorsitzender Prof. Dr. Daniel Zerbin teilt mit, der Ältestenrat habe in seiner Sitzung am 24. August 2022 die Sitzungspläne für die 18. Wahlperiode beschlossen. Die Planungen seien mit der Information 18/22 zur Kenntnis gegeben worden.

Auf der Grundlage des Sitzungs- und Terminrasters würden auch die folgenden Sitzungen des Wissenschaftsausschusses festgelegt. Der Ausschuss tage demnach immer an einem Mittwoch ab 15:30 Uhr. Die nächste Sitzung sei für den 19. Oktober 2022 terminiert.

Im Einvernehmen mit der Sprecherin und den Sprechern der Fraktionen habe er einen Sitzungsplan für das restliche Jahr 2022– unter dem Vorbehalt der Haushaltsberatungen – sowie einen Sitzungsplan für das Jahr 2023 erstellt. In 2023 würden die Sitzungstermine in der Regel in der Vorvorwoche einer Plenarwoche stattfinden. Er lasse die Sitzungsplanung schriftlich zukommen.

Bei dieser Gelegenheit weise er darauf hin, dass Verhinderungen einzelner Abgeordneter zu Sitzungen – wie bisher geübte Praxis – über die Vertretungen zu regeln seien.

Im Anschluss an die nächste Sitzung des Wissenschaftsausschusses werde eine Ob-leuterunde stattfinden, unter anderem wegen des Haushaltsberatungsfahrplans.

gez. Prof. Dr. Daniel Zerbin
Vorsitzender

2 Anlagen

29.09.2022/04.10.2022

2



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073
bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

**Thema Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik in dieser Legislaturperiode
Bitte um einen mündlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Wissenschaftsausschusses am 21.09.2022**

14.09.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen wird in dieser Legislaturperiode zahlreiche Herausforderungen bewältigen müssen. Zu nennen sind etwa die soziale Situation der Studierenden, die Arbeitsbedingungen für das wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche Personal, die Studienbedingungen, die Stärkung der anwendungsorientierten Forschung oder die Digitalisierung.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen mündlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 21.09.2022. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Welche sind die wesentlichen Eckpunkte der Wissenschaftspolitik der Landesregierung in dieser Legislaturperiode?
2. Wie wird die Landesregierung den oben genannten Herausforderungen begegnen?
3. Welche weiteren Herausforderungen sieht die Landesregierung für diese Legislaturperiode und welche Maßnahmen sind damit verbunden?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher



SPD-Fraktion im Landtag NRW, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf

An den
Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses
Prof. Dr. Daniel Zerbin MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Fon: 0211 - 884 2073
bastian.hartmann@landtag.nrw.de
www.spd-fraktion.nrw

**Thema Kölner Hochschule für Katholische Theologie
Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des
Wissenschaftsausschusses am 21.09.2022**

09.09.2022

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Debatte um die „Kölner Hochschule für Katholische Theologie“ haben sich die Landesrektorenkonferenz und die Katholisch-Theologische Fakultät in Bonn klar positioniert: Im Erzbistum Köln gibt es bereits eine ausgezeichnete Lehre für katholische Theologie. Die Katholisch-Theologische Fakultät an der Universität Bonn hat eine weltweit anerkannte Reputation. Es ist insbesondere aus wissenschaftspolitischer Perspektive dementsprechend fragwürdig, warum mit der Kölner Hochschule für Katholische Theologie eine Konkurrenzinstitution geschaffen werden soll.

Aufgrund der Bedeutung des Themas bittet die SPD-Fraktion die Landesregierung um einen schriftlichen Bericht zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 21.09.2022. Der Bericht soll dabei u.a. folgende Fragen beantworten:

1. Gibt es aus Sicht der Landesregierung wissenschaftliche Gründe für die Kölner Hochschule für Katholische Theologie im Sinne einer Konkurrenzinstitution zur Katholisch-Theologischen Fakultät an der Universität Bonn?
2. Welche Relevanz misst die Landesregierung dem Austausch der Theologie mit anderen Wissenschaften bei, insbesondere vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Bedeutung der Kirche?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Regelungen im Preußenkonkordat zur Priesterausbildung, insbesondere im Kontext der Lehrfreiheit an theologischen Fakultäten?
4. Gab es hinsichtlich der Auslegung des Konkordats mit Blick auf die Kölner Hochschule für Katholische Theologie einen kürzlichen Austausch zwischen den Vertragsparteien, wie es die „Freundschaftsklausel“ festlegt?

5. Welche Ressorts sind an der Positionierung der Landesregierung zur Kölner Hochschule für Katholische Theologie beteiligt? Wie erfolgt die Abstimmung zwischen diesen Ressorts bzw. welches Ressort hat die Federführung?

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Bastian Hartmann MdL
Wissenschaftspolitischer Sprecher